

GRIECHENLAND:

Man hätte den Euro niemals einführen dürfen

Nicht neoliberale Politik hat die Euro-Misere verursacht, sondern der Euro selbst. Die Volkswirtschaften sind zu unterschiedlich; anpassbare Wechselkurse wären besser. Ein Gastbeitrag von Martin Höpner

7. August 2015 09:07 Uhr 173 Kommentare



Viele Griechen möchten, dass ihr Land im Euro bleibt: Eine Flagge mit dem Euro-Symbol weht auf einer Pro-Euro-Demonstration am 9. Juli vor dem Parlamentsgebäude in Athen. | © Christopher Furlong/Getty Images

Ist die gemeinsame Währung schuld an der europäischen Krise? Ja, argumentiert Mark Schieritz: Der Euro hätte niemals eingeführt werden dürfen, denn er habe wirtschaftliche Verwerfungen hervorgebracht, die es ohne den Euro nicht gegeben hätte, und Europa gespalten, statt es zusammenzuführen.

Falsch, widerspricht Gustav Horn: Nicht der Euro sei schuld an dem ökonomischen Scherbenhaufen, dem sich die europäischen Regierungen gegenübersehen, sondern falsche – neoliberale – Wirtschaftspolitiken auf Ebene der Mitgliedstaaten. Wer von beiden hat recht?

Es ist Mark Schieritz. Die Eurokrise hat sich nicht zufällig im Euro entwickelt. Sie ist vielmehr ein direktes Resultat der Fehlentscheidung mit Namen Euro selbst. Sie ist keine Krise *im* Euro, sondern *des* Euro. Und so können auch die von Horn vorgeschlagenen Krisentherapien *im* Euro nicht überzeugen.

Der Euro hat den Südländern während der ersten zehn Jahre seines Bestands zu niedrige Realzinsen beschert und den Nordländern zu hohe. Das führte die Länder des Südens in die Überkonjunktur und die Nordländer, nicht zuletzt Deutschland, in die Stagnation.

Zusätzlich schlug das Euroregime den Teilnehmerländern drei der vier Instrumente aus den Händen, mit denen sie unter anderen Umständen hätten wirtschaftspolitisch gegensteuern können: die nationale Zinspolitik, die Wechselkurspolitik und – wenn man die Fiskalregeln als Bestandteil des Euroregimes mitdenkt – die Budgetpolitik.

Durch die gespaltenen innereuropäischen Konjunkturverläufe entwickelten sich die nominalen Lohnstückkosten im Euroraum in einem Maße auseinander, das unter anderen Umständen schon lange durch Wechselkursanpassungen behoben worden wäre. Die Folgen für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der südeuropäischen Länder waren desaströs.

Martin Höpner
ist
Forschungsgruppenleiter
an Max-Planck-Institut
für
Gesellschaftsforschung.
Seine

Forschungsschwerpunkte
sind die Vergleichende
Politische Ökonomie und
die europäische
Integration.

der Lohnaushandlung. Jedes Land hat seine eigene Dynamik, Tradition und Kapazitäten, um steuernd einzugreifen.

Hätte nun eine stimmigere nationale
Wirtschaftspolitik der Euroteilnehmerländer die
Eurokrise verhindern können? Wären etwa, so
ließe sich mit Horn argumentieren, die
Lohnpolitiken aller Euroländer rational gesteuert
worden: Wäre uns dann nicht einiges erspart
geblieben?

Im Prinzip ist das zweifellos richtig, aber der
Mechanismus funktioniert nur auf dem Papier. In
der Realität ist der Euroraum eine Ansammlung
höchst unterschiedlicher – wie die Politökomenen
sagen – "Spielarten des Kapitalismus", und diese
verfügen über höchst unterschiedliche Formen

Zurück in ein flexibles Wechselkurssystem

Die Vorstellung, diese unterschiedlichen Lohnregime würden ganz technokratisch-rational stets das an Ergebnissen auswerfen, was den Konvergenzzwängen des Euro Genüge tue, war von Anfang an abwegig. Unter diesen Umständen hätte man den Euro niemals gründen dürfen.

Es ist ein grundlegender Konstruktionsfehler, an dem die von Gustav Horn geforderte europäische Arbeitslosenversicherung nichts ändern würde – einmal abgesehen davon, dass die Kommission nicht über die Einführung einer solchen Versicherung entscheiden darf. Auch das Europäische Parlament, dem Horn erweiterte Kontrollrechte einräumen möchte, könnte die Misere des Euro nicht beheben. Denn wie sollte es steuernd in die nationalen Lohnpolitiken eingreifen? Mit welchen Instrumenten, mit welcher Legitimation? Und wer könnte solche Eingriffe wirklich wollen?

Gewiss, die Forderung nach einem stärkeren Europäischen Parlament ist politisch sympathisch. Als Antwort auf die Misere eines falschen europäischen Währungsregimes ist sie allerdings nichts anderes als eine Nebelkerze zur Verschleierung einer bitteren Einsicht: dass man manchmal einen Schritt zurückgehen muss, um überhaupt wieder vorankommen zu können. Im Europäischen Währungssystem, das 1979 gegründet und 1999 durch den Euro abgelöst wurde, konnte man Wechselkurskorrekturen aushandeln, wenn die Fehlentwicklungen zu groß wurden. Ein Zurück in ein solches Wechselkursregime wäre heute für alle Beteiligten das Beste.

QUELLE ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/euro-waehrungsunion-krise-europa/komplettansicht>

Zur Startseite